

Aurich 13.07.2014

Klinikdebatte braucht mehr Öffentlichkeit

Grüne wollen anderen Gutachter für zweite Stufe

Auf ihrer gestrigen Klausurtagung (12.7.14) hat sich die Kreistagsfraktion der Grünen schwerpunktmäßig mit den Planungen zum beabsichtigten Bau einer Zentralklinik befasst.

Die Fraktion ist sich einig, dass die derzeitige Situation mit einem bereits durch den Landkreis übernommene Defizit von über 30 Mio Euro unhaltbar ist und dringend einer Änderung bedarf. Im Jahr 2013 betrug das Defizit aller drei Häuser 15 Mio., wovon Aurich und Norden den Löwenanteil von 11,5 Euro Mio Euro zu verantworten haben.

Allerdings bleiben für die Grünen bei der bis dato propagierten alternativlosen Lösung einer Zentralklinik bislang mehr Fragen offen, als beantwortet sind. Grund dafür ist u.a. die mehr als dürftige Informationspolitik des Landkreises gegenüber dem Kreistag und der Öffentlichkeit. Das verhindert vor allem eine seriöse und nachvollziehbare Diskussion und Abwägung von Alternativlösungen wie z. B. die eines Klinikverbundes.

„Vor allem im Bereich des Managements muss sich Grundlegendes ändern. Eine Zentralklinik als Befreiungsschlag ist ungeeignet, wenn die Ursachenforschung und daraus resultierende Änderungen außen vorbleiben oder auf den St. Nimmerleinstag verschoben werden“, kritisiert Angelika Albers. „Wenn solch ein Projekt Erfolg haben soll, müssen die Region und ihre Entscheidungsträger frühzeitig eingebunden werden. So entsteht der Eindruck, dass sie schon feststehende Entscheidungen nur noch abnicken dürfen“, fügt Angelika Albers hinzu, die selbst Mitglied in der Lenkungsgruppe ist.

„Die uns überlassenen Unterlagen sind unzureichend und lassen derzeit eine differenzierte Gesamtbetrachtung der BDO-Untersuchung nicht zu“ so Gila Altmann. „Was wir vorliegen haben, sind lediglich die Interpretationen von Erhebungen, deren Datenbasis uns selbst aber nicht zugänglich ist. Auf Grundlage dieser spärlichen Information sollen wir nun die Entscheidung für die zweite Stufe treffen.“

Bei der bisherigen Betrachtung kommt den Grünen zudem der medizinisch qualitative Aspekt zu kurz, der einseitigen ökonomischen Faktoren untergeordnet wird statt sie zusammenzuführen. Die Fraktion der Grünen plädiert daher dafür, die zweite Stufe durch ein anderes, unabhängiges Unternehmen durchführen zu lassen, das auf Krankenhaussanierungen spezialisiert ist. Wichtig ist dabei, dass bereits Erfahrungen auf dem Gebiet der Restrukturierung von Kliniken im ländlichen Raum vorliegen.

„Manchmal ist es hilfreich, die Fakten durch eine andere Brille zu betrachten. Dann wird sich auch zeigen, wie umfassend und belastbar die bisherigen Ergebnisse der Gutachter sind und wie sich darauf ein zukunftsfähiger Businessplan aufbauen lässt“, so Albers und Altmann abschließend.